

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/31

Hannover, 12. März 1948

Der Weg zurück

sp. Die großen Erschütterungen in der jüngeren Geschichte des deutschen Volkes führten zwangsläufig zu Auseinandersetzungen innerhalb der SPD und teilweise zur Loslösung von Gruppen und Personen, die in politischen Krisenzeiten nicht mehr glaubten, in der SPD das wirksame Betätigungsfeld für die Realisierung ihrer sozialistischen Idee zu sehen. Häufig zeigte sich aber bald, daß die Trennung von der Partei nur durch zeitmäßig bedingte Differenzen bestimmt war und die Abtrünnigen fanden wieder den Weg zurück zur Sozialdemokratie. Andere wieder mußten erst durch große tragische Erschütterungen zu diesem Entschluß kommen. Vor dieser grundsätzlichen Entscheidung haben genauso wie seinerzeit Paul Levi in der KP auch die führenden Genossen von der USPD Crispian, Distmann, Breitscheid, Hilferding, Rosenfeld, Toni Sender, Louise Zietz u.a. gestanden, als ihnen 1920 von den Komintern die berühmten "21 Bedingungen" präsentiert wurden und für sie die Frage lautete, entweder sich der Komintern zu unterwerfen oder den Interessen der deutschen Arbeiterbewegung treu zu bleiben. Sie kamen zur Sozialdemokratischen Partei zurück.

Trotz der tragischen Fehlentwicklung der KP als gehorsames Instrument einer fremden Macht blieb in der Arbeiterbewegung eine latente Sehnsucht nach Einheit erhalten. Diese Sehnsucht gewann in den letzten Kampftagen der Weimarer Republik angesichts des immer stärker werdenden Nazi-Terrors an Bedeutung und wurde nach 1933 durch den zum Teil gemeinsam geführten Abwehrkampf der illegalen sozialistischen Kadergruppen gegen den Hitlerfaschismus sowie durch die in den KZ's und Zuchthäusern des Dritten Reiches erlebte Leidenszeit nach dem Zusammenbruch 1945 zu einem starken gefühlsmäßig bestimmten politischen Faktor.

So überschattete nach 1945 bei vielen die gefühlsmäßig bestimmte Illusion einer möglichen Einheit mit den Kommunisten und der daraus resultierenden erhöhten Schlagkraft der Arbeiterbewegung bei weitem die aus der nüchternen Analyse sich ergebenden politischen Erfordernisse. Hier muß man auch den Druck erwähnen, der von der russischen Besatzungsmacht in der Ostzone ausgeübt wurde, um die sogenannte "Einheit der deutschen Arbeiterbewegung" zu schaffen. In den Westzonen,

wo dieser russische Einfluß fehlte, konnte sich ein viel größerer politischer Realismus behaupten.

Es erübrigt sich, im einzelnen aufzuführen, wie es schließlich zu dem Trümmerfeld der Enttäuschungen und des politischen Bankrotts gekommen ist, vor dem heute die Ostzone nach zwei Jahren SEP steht. Tatsache ist, daß die enttäuschten Sozialdemokraten in der SEP heute genau vor derselben Alternative stehen wie seinerzeit die enttäuschten Mitglieder der USPD und KP nach 1920, als sie sich entschieden, zur Sozialdemokratie zurückzukehren.

Yella Schaar, ehemaliges Mitglied des Parteivorstandes der SEP, machte sich zum Vortführer ungezählter Tausender von enttäuschten Sozialdemokraten, als sie in einem Aufbruch ihren Austritt aus der SEP u.a. mit der folgenden Erkenntnis motivierte.:

"Die SEP arbeitet nicht für internationalen Sozialismus, sondern für die machtpolitische Ausweitung eines bestimmten fremden Staatssystems. Die SEP dient der Unterdrückung der Freiheit, der Vernichtung der Demokratie und der Verhinderung des Sozialismus".

Wie Yella Schaar dankt heute die überwiegende Mehrheit aller aufrichtigen Sozialisten, die zum Teil durch Zwang und zum Teil durch sentimentale Illusion zur SEP gekommen sind. Diesen Sozialisten wollen wir Sozialdemokraten erklären, daß keiner auf feindliche Ablehnung stoßen wird, der aus aufrichtiger und ehrlicher Überzeugung zu seiner alten und doch neuen Kampfpartei, der SPD, zurückkehrt, vorausgesetzt, daß er von der in der SEP herrschenden politischen Korruption freigeblieben ist und aus einer echten politischen Gesinnung heraus den Weg zur SPD zurückfindet.

Es ist bezeichnend für das in der Ostzone herrschende Terrorregime, daß der Entschluß zur Abkehr von der SEP nicht von allen befolgt werden kann, die heute gern diese Konsequenz ziehen möchten. Die Rücksicht auf die persönliche Sicherheit und auf Leib und Leben der Familie kann es bei manchen zweckmäßig erscheinen lassen, vorläufig noch in dieser Partei zu verbleiben; andererseits gibt es jedoch sehr viele Sozialisten, die bereits heute mit Mut und Entschlossenheit konsequent diesen Weg gehen können.

(D. 1/123/hs)

Italien im Wahlkampf

E.A.M. Verona, im März 1948

Wer Italien beherrscht, dem gehört das Mittelmeer. Italien gegen einen Angreifer zu verteidigen, ist eine strategische Unmöglichkeit. Dieser nur scheinbare Widerspruch zweier oft erwiesener Wahrheiten bestimmt die Wichtigkeit der Apennin-Halbinsel. Auch der italienische Wahlkampf steht unter diesem Gesetz. Kühle Beobachter schließen einen kommunistischen Sieg nicht aus, aber was dann? Würden die Vereinigten Staaten ein Ergebnis hinnehmen, das den Erfolg ihrer gesamten Mittelmeerpolitik in Frage stellt?

Mit der Gemeinwahl in der Provinzhauptstadt Pescara begann es. Die sozialkommunistische Volksfront konnte gegenüber der letzten Wahl von 1946 mit 21 von 40 Sitzen die absolute Mehrheit erlangen. Die Wahlpropaganda der Christlichen Demokraten hatte sich allein auf die täglich bekannten Verfehlungen des kommunistischen Bürgermeisters beschränkt. Dieser hatte jedem Bürger von Pescara ein verbilligtes Lamm zum Osterfest zugesagt. Die Democrazia Christiana war nun ihrerseits kurz vor der Wahl daran gegangen, jedes Haushalt zwei Kilogramm Pasta (Teigwaren) zu spendieren. Am Tage vor der Wahl klebte an allen Hauswänden der Stadt die machiavellistische Aufforderung: "Nehmt die Pasta vom Papst - und wählt den demokratischen Volksblock", was die Bevölkerung auch tat.

Pasta allein garantiert also keinen Wahlsieg im Lande spannungsvollster sozialer Gegensätze. Zweifellos tragen die Leistungen der interimistischen Amerikahilfe (181 Mill. Dollar), soziale Verwendung der Einkünfte aus dem Verkauf amerikanischer Spenden (120 Mill. Dollar) und die Zahlungsübernahme für monatlich 150.000 t Kohlen zur Linderung der Not erheblich bei; die bis in kleinste Dörfer vorgedruckenen eindrucksvollen Plakate werden nicht ohne Wirkung bleiben. Aber ob all das ausreicht, Italien dem Westen zu erhalten? Oder verspricht man sich von den ungezählten militärischen Vorbereitungsmeldungen, in deren Mittelpunkt Italien in den letzten Wochen stand, Wirkungen in der Richtung, daß der durchschnittliche Italiener seiner Neigung nachgibt, den Mächtigsten zu wählen?

Der Wahlkampf hat jedenfalls die Pescaraer Ebene von Pasta und Handel verlassen. Außenminister Graf Sforza hat im "Corriere della Sera" gewichtigere Argumente ins Feld geführt. Zunächst handelte es sich um die Richtigstellung der von Togliatti gefälschten Tatsachen beim Nichtzustandekommen des italienisch-russischen Handelsvertrages. Zwar sind die Russen Verhandlungen nicht abgeneigt, doch suchen sie die erst zwei Jahre nach Friedensschluß fälligen italienischen Reparationszahlungen in Höhe von 100 Mill. Dollar bereits jetzt in einen Handelsvertrag einzubauen - und das zu einer Zeit, wo die italienische Zahlungsbilanz mit 600 Mrd. Lire bei 1.400 Mrd. Gesamthaushalt defizitär und jede Atempause lebenswichtig ist. Die italienische Regierung vertritt bei aller Verantwortungsbereitschaft jedoch den Standpunkt, daß vorzeitige Verpflichtungen zu den erst im September 1949 fälligen Reparationszahlungen untragbar sind. Auf eine solche Mitteilung ist die römische Regierung bisher ohne Antwort aus Moskau geblieben.

Daß der gerade erfolgte Abschluß des "Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrages" zwischen Rom und Washington trotz Aufnahme einer Klausel über volle Meinungsäußerung, freien Informationsaustausch und Nachrichtenübermittlung von der kommunistischen Volksfront zu demagogischen Verdrehungen benutzt wird, versteht sich von selbst. Dagegen läßt die "Demokratische Volksfront" Togliatti und Scnis in ihrer Agitation alles fort, was auf ihren rein kommunistischen Charakter schließen lassen könnte. Von offiziellerer Bedeutung ist das offizielle Einreten einer ganzen Reihe von namhaften Intellektuellen unter Führung von de Secchia für diese sogenannte Volksfront. Zug um Zug

entwickelt sich das Spiel, dem ein kaum zu überschätzender Ernst für ganz Europa zugrunde liegt.

Um den Sieg ringen eigentlich nur die fünf Hauptgruppen: "Demokratische Volksfront", "Christliche Demokraten" (de Gasperi), "Republikanische Partei" (Pacciardi), Monarchistenblock aus Liberalen (de Caro, Giannini, Nitti), Monarchisten (Govelli) und Soziale Bewegung der neuen Faschisten (Patrissi), sowie die Union der Unabhängigen Sozialisten (Saragat, Ivan Matteo Lombardo). ~~Die~~ aus den Lager der Fusionssozialisten Nenni gerade neuen Zuzug erhielt; so trat z.B. die ganze Sektion Padua gerade zu Saragat über. Ein Versuch des Abgeordneten Lucifero, de Gasperi und "die Führer aller ordnungsliebenden und freiheitlichen Parteien" in einem antikommunistischen Wahlblock zusammenzubringen, scheint ohne Erfolgsaussichten zu sein.

Die niedersächsische Kabinettskrise

Von Alfred Kubel

Ministerpräsident Kopf erklärte am Donnerstag seinen und damit den Rücktritt des niedersächsischen Kabinetts. Mit diesem Rücktritt eines Allparteienkabinetts ist eine Periode des Burgfriedens zwischen den niedersächsischen Parteien nun auch offiziell abgeschlossen. Dieser offizielle Abschluß bestätigt aber nur noch längst gewohnte Tatsachen. Die Rechtsparteien, und hier vor allem die "Deutsche" Partei, haben seit langen mit nazistischen Methoden die SPD and ihre Funktionäre verunglimpft und bekämpft, sie haben immer wieder den Versuch unternommen, die SPD verantwortlich zu machen für die heutigen Verhältnisse, obwohl sie durch ihre schwache Mehrheit im Landtag jede ernsthaft soziale Politik verhindern.

So scheiterte diese längst brüchige Koalition an dem Prüfstein Bodenreform. Die Sozialdemokratie wollte ein klares "Ja" zu der 100 ha-Grenze. Die Rechte gab es mit einigen Dutzend Vorbehalten. Das Volk wird zitieren: "Du sprichst vergebens viel, um zu versagen. Der andere hört aus allem nur das Nein!"

Was wird nun geschehen? - Zunächst bleiben die Ressortminister geschäftsführend tätig. Kopf wird sich darum bemühen müssen, eine Mehrheit für eine Koalition im Landtag zu finden, die nach der Natur der Dinge nur eine kleine Koalition sein kann. Die SPD wird nur Koalitionen eingehen auf klare - auch ohne vorangegangenes Studium der Rechtswissenschaften verständliche - Festlegung für eine Bodenreform, die allen Grund und Boden, soweit er 100 ha im Einzelfalle übersteigt, zugunsten der Flüchtlinge aus dem Osten und der vielen anderen Siedlungsberechtigten enteignet. - Die Entscheidung liegt bei der CDU. Sie wird wissen müssen, ob ihr das Wahlbündnis mit der nationalistischen DP wertvoller ist - als Christentum und Demokratie. - Ob ihre Führung die Kraft zu kühnen Entschlüssen hat, kann niemand prophezeien. Die Lage der CDU in Niedersachsen ist schwieriger als anderswo.

Sie wird bedrängt vom Chauvinismus der DP, mit dem sie die Konkurrenz nicht aufnehmen kann, vom Zentrum, das sich noch entwickelt, und zwar auf Kosten des katholischen Flügels der CDU, von der SPD, die eine klare Haltung gegenüber den Notwendigkeiten des Tages hat.

Für die CDU gibt es nur die Chance, hoffnungslos der DP zu verfallen, die sie einmal zu bändigen hoffte, oder sich klar und offen zu einem koalitionsfähigen Partner zu entwickeln. Wenn sie das nicht tut, so mag dem Lande Niedersachsen ein Bürgerblockkabinett beschied werden, das sich auf Hammelsprung-Mehrheiten im Lande stützt. Gelingt jedoch auch dieser Versuch nicht, dann wird der Landtag aufgelöst und es gibt Neuwahlen. Die aber gäbe es auch in kurzer Zeit nach einer Bürgerblock-Hammelsprung-Regierung! Und es ist gut, in einem solchen Wahlkampf mit klaren Parolen hineinzugehen!

Wie die Sozialdemokratie eine Regierung auflöste, deren Politik mit ihrem Willen nicht mehr in Einklang gebracht werden konnte, wird sie sich auch nur an Regierungen beteiligen, die dem sozialistischen Aufbau unseres Landes dienen können.

Anti-Hortungsgesetz eingebracht

H. K. Frankfurt, 12. März 1948

Die Sozialdemokraten bestehen auf einer sofortigen Räumung der Hortungslager und auf Verteilung der vorhandenen Güter. Die Sozialdemokratische Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates hat daher einen dahingehenden Initiativantrag im Wirtschaftsrat, das sogenannte Anti-Hortungsgesetz eingebracht.

Obwohl die Lage der Verbraucher durch den Mangel an Gegenständen des täglichen Bedarfs immer trostloser wird, nimmt die Hortung aller dieser Gegenstände - angefangen bei den Lebensmitteln bis zum Kochtopf und Ofen über Kleidungsstücke aller Art einen Umfang an, der über kurz oder lang zu einem Verzweiflungsausbruch führen muß.

Auf der einen Seite der Besitzbürger hat man nur ein Interesse: unbeschädigt aus dem Kriege und der Währungsreform zu kommen - wenn dadurch auch Leben und Gesundheit der Bevölkerung ebenso bedroht wird wie die staatliche Ordnung.

Es gibt kein Naturrecht der Besitzenden auf die Erhaltung der finanziellen Substanz, wenn gleichzeitig alle anderen, die auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind, selbst ihre körperliche Substanz zusetzen müssen und zum Teil schon aufgezehrt haben. Wenn das Geld von den Unternehmern für gut genug gehalten wird, um damit Löhne und Steuern zu zahlen, muß es auch gut genug sein für die Bezahlung von Lebensmitteln und Kochtöpfen.

Anträge zum Labour-Kongreß

sp. Für den Labour-Kongreß 1948, der traditionell an den Pfingstfeiertagen diesmal in Scarborough durchgeführt wird, liegen heute schon rund 300 Anträge und Resolutionen vor, davon befassen sich allein 45 mit der Lohn- und Preispolitik der Regierung und mit dem Problem der Gewinne und der Staatszuschüsse. Sie warfen der Regierung zu Laue: Vorgehen in der Preiskontrolle vor und bemängeln vor allem, daß der Lohnstop eingeführt wurde, noch ehe eine wirksame Freiskontrolle gesichert war. Die wahrscheinlich größte, weil weitesttragende Bedeutung, kommt einer aus dem Wahlbezirk Herbert Morrisons, aus East Lewisham übermittelten Resolution zu. Sie verlangt, daß Beschlüsse des Labour-Kongresses bindend für die Regierung sein sollen. Das heißt mit anderen Worten, daß die Regierung lediglich die Exekutiv-Institution des Parteitages würde. Gegen diese Resolution dürfte vom Nationalen Exekutiv Komitee der Partei scharfer Widerstand geleistet werden, umso mehr, als im Exekutiv-Komitee auch mehrere Kabinettsmitglieder vertreten sind. Drei Resolutionen beschwerten sich über die nach ihrer Ansicht zu schroffen Angriffe der Parteiführer gegen den Kommunismus, einige andere fordern schärfstes Vorgehen gegen die in England neu erwachte faschistische Bewegung und schließlich befürworten mehrere Resolutionen noch die Initiative der Labour Party zur Einberufung einer Konferenz aller sozialistischen Parteien, die den Grundstein für ein Vereinigtes Sozialistisches Europa legen soll.

(L. 65/123/hs)

Oster-Fasten nach deutsche: Muster

sp. 17 englische Hausfrauen haben einen Vorschlag der Pfarrersfrau Heather Stapford in Bolton zugestimmt, während der Fastenwoche, also in den Tagen vom 21. - 27. März, von den gleichen Lebensmittelpartionen zu leben, die der deutschen Bevölkerung zugeteilt werden. Die dabei ersparten Lebensmittel-Mengen sollen dem Lord Mayor Fonds in London für notleidende Kinder in Deutschland zugeführt werden.

Broschüre zum Sozialisierungsprogramm der Labour Party

sp. Von der Labour Party ist eine Broschüre über die Frage ausgegeben worden, welche Industriezweige im zweiten Fünfjahresplan der Partei verstaatlicht werden könnten. Es werden fünf Industrien genannt, darunter die chemische und Darkindustrie, die Broschüre läßt aber die Frage offen, ob diese fünf Industrien in Staatsbesitz übergehen sollen. Die Broschüre will auch nur als Diskussions-Grundlage innerhalb der Partei dienen. In manchen Fällen wird von den Vorteilen einer "Teil-Verstaatlichung" gesprochen und die Nationalisierung der Schlüssel-Industrien wird als nützlich für die Privatunternehmen bezeichnet, weil sie dadurch aus den Fesseln der "monopolistischen Giganten" befreit werden.

(B. 65/123/hs)

Verantwortlich: Peter Raunau